

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Gründungschrift: Tagesblatt Riesa,
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassenteil: Dresden 1431
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 292.

Donnerstag, 17. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftungszeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Anschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Mittägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor der Pariser Luftfahrt-Konferenz.

Am Freitag wird in Paris die Konferenz zwischen den Sachverständigen Deutschlands und der alliierten Mächte über die Regelung der Luftfahrt-Fragen beginnen. Damit tritt jetzt eines der wichtigsten Probleme, das die deutsche Außenpolitik seit den letzten Jahren beschäftigt, in ein entscheidendes Stadium ein. Die deutsche Luftfahrt, die durch die gewaltigen Fortschritte der technischen Verbesserung auf eine hoffnungsvolle Entwicklung sehen kann, wird in ihrer Existenzfrage durch die von der Völkervereinigung aufgestellten Bedingungen ernsthaft gefährdet. Verschiedene hatte sich die deutsche Regierung bemüht, Zugeständnisse zu erlangen, und als endlich die Völkervereinigung im Spätsommer dieses Jahres auf die letzten deutschen Vorschläge antwortete, stellte sie heraus, daß die alliierten Regierungen nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht hätten. Daraufhin mußten die diplomatischen Unterhandlungen über die Luftfahrt-Fragen vorläufig abgebrochen werden. Erst nach der Konferenz von Locarno gelang es, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und die deutschen Forderungen in ihrer ursprünglichen Form wieder hervorzubringen, indem die Reichsregierung von dem Standpunkt ausging, daß der Sicherheitspakt eine neue Atmosphäre der europäischen Politik einleiten und mit der bisherigen Schluss gemacht werden müsse, wonach Deutschland in seiner Entwicklungsfreiheit gekennnt werden soll. Die Gegenseite setzte sich unter dem Eindruck der Abmachungen von Locarno alsbald zu Verhandlungen bereit, und man sieht nunmehr auf dem entscheidenden Punkt, wo es darauf ankommt, ob die gerechten Forderungen Deutschlands anerkannt werden sollen.

Das gegenwärtig geschäftsführende Reichskabinett hat am Mittwoch eine Sitzung abgehalten, in der die Richtlinien für die deutschen Unterhändler ausgearbeitet wurden. Diese Richtlinien verlangen im Prinzip die Anerkennung der völkervereinigten Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftfahrt. Die deutsche Flugsicherungsindustrie soll in die Lage versetzt werden, dieselben Flugsicherungen zu bauen wie die Industrien der anderen Länder, zumal es sich hierbei ja nur um einen wirtschaftlichen Wettbewerb, nicht aber um eine Frage des militärischen Wettbewerbs handeln kann. Darüber hinaus verlangt Deutschland das Recht des Überfliegens des besetzten Gebietes durch deutsche Flugsicherungen, die bisher infolge der Maßnahmen der internationalen Abklärungskommission das besetzte Gebiet nicht berühren durften. Schließlich kämpft Deutschland auch noch um die Aufrechterhaltung der Zeppelin-Werke in Friedrichshafen, deren hervorragende Bedeutung anlässlich des Amerikafluges des „R. 3“ von der ganzen Welt anerkannt worden war. Es dürfte mit einiger Sicherheit feststehen, daß die Forderung auf Verstärkung dieser Werke von der Gegenseite endgültig fallen gelassen wird.

Wenn die Verhandlungen glatt von statten gehen, so wäre damit zu rechnen, daß die Luftfahrt-Konferenz noch vor Weihnachten mit einem positiven Ergebnis geschlossen werden kann. Es wäre für das deutsche Volk natürlich eine besondere Weihnachtsfreude, falls die deutsche Politik diesmal eine Lösung erzielen sollte, die den deutschen Wünschen und Forderungen Rechnung trägt und die endlich den Streit um die Luftfahrt-Fragen beenden kann. Dabei ist zu bemerken, daß von der Regelung der deutschen Luftfahrt auch sehr viele andere politische Fragen abhängig sind, denn eine Anerkennung der deutschen Forderungen würde die außenpolitische Lage beträchtlich verbessern, daß der Geist der außenpolitischen Verhandlung ganz erhebliche Fortschritte machen könnte. Ein unbedingter Ausgang der Konferenz würde jedoch nicht geeignet sein, die Entspannung, die man seit dem Abschluß der Konferenz von Locarno erwartet, wirklich herbeizuführen, sondern es würde notwendigerweise eine sehr erste Vermittlung eintreten, die noch monatelang gerade auf Deutschland lauten muß, dessen Erwartungen in einem solchen Falle wieder einmal schmählich getäuscht werden wären.

Attentatsplan gegen Stresemann.

X Berlin. Wie verlautet, soll ein Attentatsplan gegen den Reichsaussenminister Stresemann aufgedeckt worden sein. Die beiden in Zusammenhang hiermit stehenden jungen Leute, die rechtsgerichteten Kreisen angehören sollen, namens Kaldorf, Sohn eines höheren Beamten, vorbestraft und zur Zeit Arbeiter, und ein Bürohilfe Lorenz, Sohn eines Oberstudienrats, wurden verhaftet. Wie wir hieran erfahren, war der Plan aber die Vorbereitung nicht hinausgediehen.

Über den Attentatsplan gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann wissen die Blätter noch mitzuteilen, daß die beiden Verhafteten Lorenz und Kaldorf, in den Siemenswerken in Siemensstadt bei Berlin tätig waren. Kaldorf bezeichnete sich bei der Vernehmung als Deutschvölkisch, Lorenz als Deutschnational. Aufgedeckt wurde der Plan dadurch, daß ein Münchner Rechtsanwalt, der früher der völkischen Partei angehört hatte und an den sich die beiden Festgenommenen unter Mittelsmann des Attentatsplaners mit der Bitte um Geldmittel und Unterstützung gewandt hatten, der Münchner Volkzeitung erkrankte. Diese wandte sich darauf an das Berliner Volkzeitungs-Büro, das sofort Kaldorf und Lorenz verhaften ließ. Mehrere Blätter zufolge soll es sich bei beiden Verhafteten um gewisse Wundertäter handeln. Die Angelegenheit ist

Die Große Koalition gescheitert.

Dr. Koch gibt den Auftrag zur Kabinettsbildung zurück.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichsminister a. D. Dr. Koch berichtete heute vormittag 11 Uhr dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die große Koalition zur Zeit nicht möglich sei und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Dr. Koch für seine mühevollen Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Die heutige Parteiführerbefragung

unter Vorsitz des Abgeordneten Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué abgegeben.

In der heutigen abschließenden Parteiführerbefragung gab der Abg. Müller-Branken (Soz.) folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abgeordnete Koch, dessen republikanische und demokratische Überzeugungen außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Einverständnis der Deutschen Volkspartei besonders in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Punkte überaus dringend ist, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst an dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei keine klare Stellungnahme erteilt. Die Fraktion kann in der Fortsetzung die ihr auf Grund der Beiratsungen der Parteien neuerdings vorgelegt wurde, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erbringen.

Das Zentrum

erklärte, daß es sich auf den Boden der Richtlinien gestellt habe.

Die Deutsche Volkspartei

erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden der Richtlinien stellen könne. Diefelbe Erklärung, wie das Zentrum, gab die Demokratische Partei ab. Der Abg. Reich erklärte für die Demokratische Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Stellungnahme abstehe.

Der Abg. Koch

stellte daraufhin fest, daß die Bemühungen um die Errichtung der Großen Koalition gescheitert seien. Er wird den Auftrag alsbald dem Reichspräsidenten zurückgeben. Wie wir erfahren, befindet sich Abg. Koch zurzeit beim Reichspräsidenten.

Ein entscheidender Beschluß der Sozialdemokraten.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, gestern in später Stunde einen Beschluß gefaßt, wonach sie in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer großen Koalition erblickt.

Blätterstimmen zu dem Beschluß.

Berlin. Fast alle Blätter betonen, daß der geirrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Ende der Verhandlungen über die Große Koalition bedeutet und daß Abg. Koch nichts anderes übrig bleibe, als sich zum Reichspräsidenten zu begeben, um ihm den erteilten Auftrag zurückzugeben. — Der Lokalansetzer bezeichnet es als höchstliegende Vermutung, daß der Reichspräsident nunmehr den bisherigen Reichskanzler Dr. Völkner mit der Neubildung der Regierung beauftragen werde. — Die Germania erklärt, daß für die Weiterentwicklung der Dinge diejenigen der Verantwortung tragen, die das Zustandekommen der Großen Koalition verhindert und gescheitert haben, sich durch die Pflicht der Verantwortung entziehen zu können. Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die einseitige Ministerbildung sei ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System. Die kommende Regierung werde entweder ein Kabinett mit rechts gerichteten Einschlüssen sein — denn möge man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein Kabinett weniger abgemessenes Kabinett, das dann doch nur mit stillschweigender Duldung der Sozialdemokraten regieren könne. — Auch die Völkische Zeitung bedauert es, daß die Sozialdemokraten in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden haben, über Parteibedenken und Mißtrauen hinweg zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Akzeptanz wäre. Die Sozialdemokratie werde sich den Fortschritt nicht erweisen können, daß sie sich negativ eingestellt habe, wo politische Handeln am Platz gewesen wäre. — Der Vorwärts, der in längerer Ausführungen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu rechtfertigen sucht, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß die sozialdemokratischen Richtlinien für ein Regierungsprogramm nicht angenommen worden seien, teilt mit, daß es das Mißtrauen gegen die rechte Flügelpartei gewesen sei, das zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion geführt habe. Das ehrliche Bemühen des demokratischen Parteiführers Koch, ein brauchbares Regierungsprogramm zu finden, habe allgemeine Anerkennung gefunden.

Heute letzte Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichskanzler des Reichstags beschloß heute die letzte Sitzung vor Weihnachten abzuhalten, da keine Aussicht bestehe, daß in den nächsten zwei Tagen noch eine Regierungserklärung erfolgen könne. Am 12. Januar nächsten Jahres wird der Reichstag keine Arbeiten wieder aufnehmen, sofern nicht ein früherer Termin notwendig wird, wenn etwa eine neu gebildete Regierung ihre Regierungserklärung schon früher abgeben könnte.

von der Polizei bereits an den Untersuchungsrichter weitergegeben worden.

Der Brief des Stresemann-Aktenübersetzers.

Berlin. In der heute gemeldeten Verhaftung der beiden Völkischen Kaldorf und Lorenz, die ein Attentat auf Reichsminister Dr. Stresemann geplant hatten, gibt die B. Z. den Brief wieder, den Kaldorf an einen Münchener Rechtsanwalt schrieb, dessen Anzeige dann zur Verhaftung führte. Der Brief ist datiert Berlin-Stemensstadt, 3. Dezember 1925. In dem Brief heißt es: „Ich habe den Reim gemacht: Stresemann — verweise man. Ich habe zwei Offiziere, die mitmachen, und auch die Finanzierung ist all right. Es wäre mir sehr lieb, wenn Du paar Zeilen schreiben würdest, daß ich für die Sache gut bin. Wenn Du mir auch noch als Referent dienst, so ist das eine sehr wichtige Unterstützung meiner Berliner und Weidenburger Referenzen — verweise man. Das Schwein muß gefüttert werden. Ein Ringzug ist auch zur Verfügung. Die Tat geht auf mei' Konto. Die zwei Offiziere tun mit.“

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

Bekanntlich wird zur Zeit in Paris über einen deutsch-französischen Handelsvertrag beraten. Interessant ist es daher, zu erfahren, daß führende deutsche industrielle Kreise dem Abschluß eines solchen Vertrages nicht allzu große Sympathie entgegenbringen. Man ist der übrigens sehr verständigen Ansicht, daß angesichts der jetzigen katastrophalen französischen Finanzlage ein solcher Vertrag Deutschland wenig Nutzen bringen könne. Es ist festzustellen worden, daß gerade das französische Valutadumping eine der Hauptursachen der deutschen Wirtschaftskrise bildet. Es kommt hinzu, daß das letzte Ansehen Frankreichs, um das sich jetzt die Verhandlungen drehen, unbedingt einen Rückschritt bedeutet. So wird dem Zerwürfnis zwischen Mark und Franc in seiner Weise Rechnung getragen. Es

wäre zu hoffen, daß diese so überaus berechtigten Bedenken der deutschen Industrie bei den Pariser Verhandlungen von deutscher Seite streng unterrichtet werden. Es soll allerdings nicht verkannt werden, daß sich jetzt auch in Frankreich Strömungen bemerkbar machen, die einen Stimulierungsumschwung in der ganzen Frage des Zoll- und Handelsvertragswesens befürworten. Ein bekanntes früheres Mitglied des französischen Wirtschaftsministeriums hat kürzlich eine Organisation gegründet, der bedeutende französische Industrielle beigetreten sind, und die offen freihändlerische Tendenzen verfolgen. In der jetzigen französischen Zoll- und Handelsvertragspolitik sehen diese Kreise eine große Gefahr für ihr Land. Sie sind auch durchaus entschlossen, aus ihrer Einsicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. In Deutschland würden solche Bestrebungen sicherlich das größte Wohlwollen finden. Denn man hat hier schon lange eingesehen, daß nur die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftssystems die jetzige Wirtschaftskrise in Europa beheben kann. Es wäre zu begrüßen, wenn diese langsam keimende Einsicht in Frankreich sich dort rasch verbreitern würde und Gemeinam aller französischer verantwortlicher Staatslenker werden sollte. Denn die Wirtschaftsverhandlung ist heute die erste Brücke, die auch zu der Verständigung der Völker untereinander führt.

Haushaltsauschuss des Reichstags.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsauschuss des Reichstags verhandelte über eine Reichsgarantie zur Förderung des Stickstoffabbaues. Von Seiten der Reichsregierung wurde hierzu ausgeführt, daß die außerordentliche schwierige Lage, in der sich heute die Landwirtschaft befindet, die hinreichende Versorgung des deutschen Bodens mit Stickstoffdüngemitteln für die kommende Ernte gefährdet erscheinen läßt. Es bestehe Aussicht, daß ein Bankenkonzern den Stickstoffbedarf bis zur nächsten Ernte finanzieren, wenn die Reichsregierung sich bereit erklärt, eine Garantie in begrenzter Höhe zu übernehmen. Die Reichsregierung befürwortete grundsätzlich diese Garantievernahme.